

Der Chefredakteur der Dresdner Volkszeitung kühlt nach dem Kieler Parteitag eine Lockerung des Druckes, der durch die „linke“ Maskierung der Art und Edel auf der Redaktion gelastet. Er freut sich darauf, in der Volkszeitung bald in Ideal Konkurrenz mit dem Volksstaat treten zu dürfen.

Im großen und ganzen vermeiden die „Linken“ noch, zu dem Verlauf des Kieler Parteitages Stellung zu nehmen. Die geprägten Gesellen trafen sich vorerst noch das juckende Fell. Dann wohl schöpfen sie Luft, um nach der Erholung von den Sieben die Politik der Meister zu vertreten. Vorerst finden wir nur ein Jammern darüber, daß der Parteivorstand gar zu derb zugehauen hat. So klagt das Sächsische Volksblatt:

„Wir fordern nicht, daß der Parteivorstand eine besondere Sympathie für den die Minderheit bildenden linken Flügel zeigen müsse, aber im Interesse der Einheitsfront und Geschlossenheit, im Interesse einer kameradschaftlichen Ausprägung der nun einmal vorhandenen und nicht wegzuleugnenden Meinungsverschiedenheiten müssen wir vom Parteivorstand Unparteilichkeit, Objektivität auch der Minderheit gegenüber fordern. Die Parteilichkeit des Vorstehenden führt nicht zusammen, sie führt auseinander und zwingt die sich ungerecht behandelnde Minderheit zur Abwehr, die manchmal explosiv ausbricht und von der Mehrheit unangenehm empfunden wird. Ein Musterbeispiel von der auseinanderführenden Parteilichkeit des Parteivorstandes war Wels' Theaterdonner gegen das Sächsische Volksblatt. Wegen einer Bagatelle, wegen einer ganz unwesentlichen Kritik an der Berichterstattung des SPD (nicht an der Partei, nicht am Parteitag und nicht an der Parteilitung) fährt der Parteivorstand „schweres Geschütz“ auf und wettert in härtesten Tönen gegen ein ihm unangenehmes oppositionelles Parteiblatt. Daß durch eine solche Kampfesart die Sympathie für den Vorstehenden Wels nicht gewachsen ist, beweist vielleicht auch die Tatsache, daß Wels bei der geheimen Parteivorstandswahl von den 415 auf dem Parteitag anwesenden stimmberechtigten Delegierten nur 298 (oder 289) ?? Stimmen bekommen hat.“

Selbst der begeisterte Gröschl schreibt: „Aber Genosse Wels ließ sich doch auch Wendungen zuschreiben kommen, die die Debatte verschärfen halfen. So, als er sich gegen die Levi-Korrespondenz wandte, die „geschlossene Opposition um ihrer selbst willen“ gewissermaßen verbot und dem „Richtungsstreit in der Partei keinen Platz“ mehr gestatten wollte.“

Und in bewegten Tönen klagt die Leipziger Volkszeitung:

„Ja, auch in Kiel blieb das Spiel beliebt und — was außerordentlich bezeichnend ist! — erfolgreich, die Opposition damit zurückzubringen, daß man ihr jeweils an geeigneter Stelle das Gift „Sachsen“ oder „Leipzig“ umhing. Solange das geschieht, solange bleibt die Partei von der Möglichkeit weit entfernt, im parteigenösslichen Meinungskampf auf der Basis des gegenseitigen Vertrauens, daß „der andere“ ebenso das Beste der Partei und der proletarischen Bewegung will, die richtige Wegbestimmung für die Tagespolitik zu finden...“

Es kommt hinzu, daß man in Kiel durchaus bereit war, die Angehörigen der Opposition als die schlechteren Parteigenossen zu bezeichnen, als diejenigen, denen weniger am Fortschritt der Partei und an der Förderung des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse liegt, als den Vertretern der offiziellen Parteimeinung. Es ist insbesondere vom Genossen Liebmann mit aller Deutlichkeit gesagt worden, daß wir mit solchen Methoden nicht vorwärts kommen. Selbstverständliche Grundfrage jeder Parteidebatte muß die Anerkennung sein, daß auch die nichtoffizielle Meinung innerhalb der Partei genau so das Beste will, wie etwa die Meinung von Wels oder Hilferding. Das ist um so mehr zu fordern, wenn, wie der Vorkämpfer meint, „die Meinungsverschiedenheiten viel geringer sind, als man geglaubt hatte“. Ist das richtig, so ist es um so unerklärlicher, daß man die andere Meinung mit Mitteln zu diskreditieren sucht, die im Kreise von Parteigenossen als unzulässig gelten sollten.“

Das ist die Klage der geprägten Maulhelden, die in jedem Satz erklären, daß sie es doch nicht so schlimm gemeint haben. Aber diese bewegten Klagen haben einen tiefen Sinn, sie sollen die sächsischen Arbeiter vorbereiten auf die Durchführung der rechten Politik. Denn diesen Klagen folgt in den Zeitungen der „Linken“ das Bekenntnis zu der Politik von Kiel, und schon deuten die „Linken“ an, wie sie ihren Betrug an der Arbeiterschaft zu verschleiern gedenken. Die Lobeshymne von Gröschl drucken wir oben schon ab. Hören wir nun, wie die Liebmann und Sendewitz ihre Begründung durchführen wollen. Sendewitz schreibt im Sächsischen Volksblatt:

„Recht steht die Sozialdemokratische Partei! Das hat der Kieler Parteitag bewiesen. Er war, alles in allem gesehen, eine Demonstration ganz eigener Art. Die Arbeit und die Politik der Partei in der nächsten Zeit muß beweisen, daß wir über diese Demonstration hinaus zur Tat, zu neuem Aufbruch kommen. Die Parteifunktionäre, die Parteigenossen alle im Land müssen unermüdet wirken, der Partei unermüdet neue Kräfte zuführen, damit wir die Macht werden, die die deutsche Sozialdemokratie im Interesse der Arbeiterklasse und um des Sozialismus willen sein muß!“

Die Leipziger Volkszeitung schreibt in der gleichen Linie:

„Wenn wir trotz alledem der Meinung sind, daß der Kieler Parteitag gegenüber dem Heidelberger einen Fortschritt bedeutet, so knüpft dies an die Tatsache an, daß augenscheinlich weit weniger Delegierte des Kieler Parteitages der Wirkung populärer Schlagworte unterlegen sind, als noch in Heidelberg. Für die veränderte Situation war besonders bezeichnend das geringe Interesse, das den Ausführungen von Scheidemann entgegengebracht wurde. Scheidemann, in Heidelberg stürmisch begrüßt und mit verlängerter Redezeit bedacht, war in Kiel nicht in der Lage, auch nur die geringste Wirkung zu erzielen.“

Auch im Zahlenverhältnis zwischen Opposition und Mehrheit auf dem Parteitag kam die stärkere Widerstandsfähigkeit gegenüber dem „staatspolitischen“ Schlagwort zum Ausdruck.“

Das ist das Bekenntnis zu der Politik und dem Ergebnis, von dem der Volksstaat schreibt:

„Der Sieg der MSP-Politik: das ist der Parteitag in Kiel gewesen. Spät kommt ihr, doch ihr kommt. Zwar zielt man sich noch ein bisschen, sperrt sich noch vor dem Neuen: das alles geschieht jedoch nur, um den Massen das Sich-daran-Gewöhnen zu erleichtern. Schon sagt man: Wir bekennen uns zum Staate. Damit aber die erschrockenen Gemüter wieder Atem schöpfen können, fügt man hinzu: um ihn in unsere Hand zu bekommen. Da man das Bürgerthum gar nicht ausrotten will, wird man die Macht immer mit ihm teilen müssen; man wird sich mit einem Stück Staatsmacht zu begnügen haben. Später, wenn die Ohren der Massen noch mehr zutragen werden, als sie heute schon ertragen, wird man schließlich auch offenherzig genug sein können, um sagen zu dürfen: wie der Rest von Paris eine Messe wert war, so lohnt auch ein bloßes Stück der Staatsmacht schon das Bekenntnis zum Staate. Ist es doch einfach überhaupt nur der Wille auf die Machtstellung in Preußen gewesen, der die Führer dazu gebracht hat, mit ungewöhnlicher Resignation die Phrase von der Feindschaft gegen den kapitalistischen Staat in den Winkel zu werfen. Sie sind in Preußen so staatspolitisch wie die MSPS es in Sachsen ist; da ist kein Unterschied.“

Eine Niederlage der englischen Politik in Paris

Berlin, 31. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie die Volkszeitung sich aus Paris berichten läßt, hat Briand durch seine Erklärungen in der Kammer die glatte Desanionierung der scharfen Ausfälle, die gegen die Sowjetunion gerichtet sind, zu erkennen gegeben. Die französische Regierung habe nicht die Absicht, sich von der englischen Regierung ins Schleppjau nehmen zu lassen und werde unbedürftig um das Londoner Beispiel die ohnehin nicht sehr weitgehenden Beziehungen zu Russland fortsetzen. Dagegen steht man in Paris politischen Kreisen nicht an, die Position, die sich London durch den Bruch mit Russland geschaffen hat, als schwach zu bezeichnen. Man gibt sich in vollem Umfange darüber Rechenschaft, daß die englische antirussische Sabotage unsehbar illusorisch wirken muß, wenn es dem Foreign Office nicht gelingt, den freien Willen wirksame Hilfe folgen zu lassen. Man schließt daraus, daß die englische Regierung alles aufbieten wird, um sich gegen Sowjetrußland einige Bundesgenossen zu sichern. Da diese Bemühungen in Frankreich höflich, aber bestimmt abschlagen, ist man in Paris nicht ohne Besorgnis, wie weit man mit diesem Versuch in Berlin auf Erfolg rechnen könnte.

Die deutsche Arbeiterkammer muß die Berliner Regierung zwingen, die englische Politik abzulehnen.

Die Liquidation der Arcos

Berlin, 31. Mai. (Telunion.)

Wie die Morgenblätter aus London melden, verlangt der sowjetrussische Geschäftsträger Kolenzoff in einem Schreiben an Außenminister Chamberlain für die leitenden sowjetrussischen Mitglieder der Arcosverwaltung und der anderen sowjetrussischen Wirtschaftsorganisationen, ebenso wie für gewisse Abteilungsleiter und Angehörige des Personals, die Erlaubnis, sich zur Durchführung der Liquidation der betreffenden Organisationen nach Großbritannien aufzuhalten. Wenn diese Erlaubnis nicht bewilligt werde, werde von sowjetrussischer Seite die Weisung zu sofortiger Liquidation ergehen, und die Verantwortung für alle dadurch verursachten Schädigungen werde auf die englische Regierung fallen.

Der Kampf in den Kolonien

Englische Kriegsschiffe nach Ägypten.

Berlin, 31. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Am 29. Mai sind von Malta 3 englische Schlachtschiffe auf Befehl des Marineministeriums nach Ägypten in See gegangen. Gleich meldet die Daily Mail, daß der britische Oberkommissar in Ägypten der ägyptischen Regierung eine Note zugestellt hat, in der Ägypten mitgeteilt wird, daß England das Oberkommando über die ägyptische Armee weiterhin für sich beansprucht und bei gegenseitigen Bemühungen Ägyptens schärfste Maßnahmen ergreifen werde.

Waffenkundgebung gegen Krieg und Kommunistenhege

Ein gewaltiger Aufmarsch gegen die französische Regierung.

Paris, 31. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Am 29. Mai fand in Paris eine von der kommunistischen Partei veranstaltete Waffenkundgebung für die Sowjetunion, gegen die Kriegstreiber statt. Selbst die bürgerliche Presse schätzte die Teilnehmerzahl auf mehr als 100 000 Männer, Frauen und Kinder. Im Zuge befanden sich auch die letzten

Die „Linken“ versuchen, die Tatsache des Sieges der MSP-Politik zu verschleiern, sie lägen, die SPD sei auf dem Kieler Parteitag radikalisiert worden. Die Opposition habe ein paar Stimmen mehr erhalten. Die Taktik der Verwirrung der Arbeiter wird von den Linken in vollem Umfange fortgesetzt.

Jetzt heißt es, doppelt stark arbeiten, um diese Führer vor Tatsachen zu stellen, bei denen sie sich vor den Massen als das bekennen müssen, was sie sind: Feinde der Arbeiter, die gefährlichsten Gegner und treue Helfer des Kapitals.

Die Opposition in den Gewerkschaften

Heute Abend hält der Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Dresden, im Volkshaus seine monatliche Generalversammlung ab, die sich ausschließlich mit dem Thema: „Die Opposition in den Gewerkschaften“ beschäftigen wird. Jeder oppositionelle Vertrauensmann hat unbedingt an dieser Versammlung teilzunehmen.

Wir begrüßen es, daß vor dem Forum der Vertrauensmänner ein solches Thema zur Diskussion gestellt wird. Die Vorgänge im DWA, wie beispielsweise der von den Reformisten betriebene und vollzogene Ausschluß des oppositionellen Kollegen Beyer, zwingen geradezu, in einem breiteren Rahmen zu der Politik der reformistischen Gewerkschaftsführer Stellung zu nehmen. Was jedoch noch wichtiger ist, das ist eine prinzipielle Auseinandersetzung zwischen der Opposition und den Reformisten über die Fragen der Gewerkschaftspolitik überhaupt. Dabei wird es in erster Linie darauf ankommen, unter Beleuchtung der ökonomischen und politischen Lage in Deutschland die Rolle der reformistischen Gewerkschaftsführer in den Fragen der aktuellen Gewerkschaftspolitik aufzudecken. Wir denken dabei in erster Linie an die Haltung des DWA zu Arbeitszeitfrage und zum Kampf um den 8-Stunden-Tag. Dabei wird es besonders darauf ankommen, die allgemeine Linie und die grundsätzliche Haltung der Reformisten aufzudecken, den linksverbündeten örtlichen SPD-Gewerkschaftsführern keine Respektstellung in dieser oder jener taktischen Frage gestatten. Sie werden insbesondere Antwort zu geben haben, wie sie sich zur Frage des 8-Stunden-Tages, als ein Problem der sozialen Revolution und nicht der sozialen Reform, stellen. Ob sie, wie der maßgebende Führer des DWA, die „Gehehe im Rechtsstaat“ beachten wollen, wie sie sich stellen zur Frage des Kampfes um Lohn und Arbeitszeit bei verbindlich erklärten Schiedsprüchen. Welche Stellung sie einnehmen zu den fortgesetzten Tarifkämpfen der Unternehmer. Eine andere wichtige Frage aber ist: Was gedenken die Reformisten zu tun gegen die Angriffe der Klassenjustiz, die, wie das Urteil des Landgerichts Hamburg zeigt, jeden Streik der Arbeiter unmöglich machen will.

Auch die Stellung der Reformisten zur Frage der Nationalisierung wird Gelegenheit geben, zu zeigen, daß ihre Politik nicht im Interesse der Arbeiter liegt, sondern auf eine Wiederherstellung des kapitalistischen Wirtschaftssystems hinausläuft, und damit der Emanzipationskampf der Arbeiter erschwert und gehemmt wird. Neben diesen aktuellen Fragen der täglichen Gewerkschaftsarbeit aber stehen noch andere Probleme, die die Geister schelden. Das ist die Frage der Lohnkontrolle, mit der die Arbeiter an das kapitalistische Wirtschaftssystem gefesselt wird. Verteidigen Sie die Stellung, die von den reformistischen Führern des DWA an der Wirtschaftskonferenz zur Kartellresolution eingenommen wurde? Wie stehen Sie zu den Erklärungen der Sowjetdelegierten in dieser für die Arbeiter lebenswichtigen Frage?

Nicht zuletzt aber steht noch die Frage der Gewerkschaftseinheit, die angesichts der Verschärfung der Kriegsgesetze ganz besondere Bedeutung gewinnt.

Die heute Abend stattfindende Versammlung wird den Reformisten Gelegenheit geben, vor der Elite des Metallarbeiterverbandes klare Antwort zu geben. Wir sind überzeugt, daß ihnen ihre Absicht nicht gelingen wird, die Arbeiter auf die Dauer auf die Bahnen der Reformisten zu bringen, wenn gleich ihre Positionen auf kurze Zeit noch ihnen das Ueberge wicht in der Generalversammlung gibt.

überlebenden Kämpfer der Kommune Repiqueur, Jannulian, An der Mauer der Laurentie, wo Hunderte von Kommunisten Kämpfern von der Reaktion hingerichtet wurden, hielten Genosse Cahin und andere kommunistische Abgeordnete zündende Ansprachen, die mit großer Begeisterung aufgenommen wurden. Die Kundgebung schloß mit dem hunderttausendstimmigen Ruf: So lebe die Sowjetunion! Nieder mit den Kriegshelden! Nieder mit der Regierung Poincaré!

Die Lage in China

London, 30. Mai. (Telunion.)

Wie aus Shanghai gemeldet wird, machen die sündlichen Streitkräfte in ihrer Offensive in der Richtung auf Peking und Tientsin große Fortschritte. Die Streitkräfte zwischen Nanjing und Hankau seien völlig zurückgeworfen und zwischen den beiden Flügeln sei eine volle Uebereinstimmung über einen gemeinsamen militärischen Plan erzielt worden.

Shanghai, 30. Mai. (Chinesische National-Agentur.)

Im Norden der Provinz Kiangsu stehen die Truppen Tschangkai-schechs 30 Kilometer vor Huaihschau, dem Hauptquartier des Generals der Schantungstruppen, Tschangtsungtschang. Im Südosten soll Tuntschau, das Industriezentrum der Provinz Kiangsu, das sich bisher in der Hand des Generals Suntschuanfang befand, bereits genommen sein. Ungeachtet der Kassenverfolge Tschangkai-schechs im Kampf gegen die Nordtruppen stehen die Dinge im Hinterland für ihn alles andere als günstig. So haben sich nach übereinstimmenden Meldungen aus jenen Provinzen, die gegenwärtig unter seiner Botmäßigkeit stehen, die Verhältnisse überall sehr verschlechtert. Shanghai, die Hauptstadt der Provinz Tschingtau, aus der nicht nur Tschangkai-schech selber, sondern auch die Mehrzahl seiner prominenten Anhänger stammt, meldet völliges Stillliegen des Geschäftslebens. Die meisten Läden und Geschäfte haben sich geschlossen. Die Seidenfabrik „Chalin“, die 2000 Arbeiter beschäftigt, ruht. Auf der Kaufmannschaft laitet der Druck schwerer, willkürlich festgesetzter Abgaben. Das Aufbringen von 6 Millionen Dollar für Tschangkai-schech kam folgendermaßen zustande: Die Kaufmannschaft Hangtshaus wurde zu einem Bankett eingeladen und ihnen nach dem letzten Bissen die Zeichnung einer bestimmten Summe „nahgelegt“. Es wurden keine Wünsche geäußert. Aus dem Rantoneer Bezirk hat Tschangkai-schech noch weniger zu erwarten. Die dortigen Restrukturierungsmaßnahmen für die Nordexpedition werden dadurch erschwert, daß sich ein beträchtlicher Teil der mit der Hankaueregierung inmpathisierenden Landbevölkerung in chronischem Rußland gegen Tschangkai-schech befindet und viele Tausende der Soldaten der Nanjingregierung für Wiederholung dieser Volksbewegung verwendet und damit von der Teilnahme an der Nordexpedition abgehalten werden. Die Geldmittel in Kanton und Umgebung sind so beschränkt, daß kaum die nötigsten lokalen Bedürfnisse befriedigt werden können, geschweige daß sich Mittel für Tschangkai-schech flüssig machen lassen.

Ein neuer Erfolg Fengs

Shanghai, 29. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die Wuhantruppen befehlen Szechow an der Peking-Hankauer Eisenbahn. Fengs Armee erreichte die Szechow-Lungchow-Eisenbahn zwischen Chengchow und Kaileng. Die Nationaltruppen führten den Angriff nordwärts gegen den gelben Fluß fort. Die Wuhan-Truppen ziehen sich zurück, die Truppen, die bei Chengchow standen, zogen sich auf Singliang nördlich von Chechow in Richtung Peking zurück.

Kraftstimmung in der Berliner Metallindustrie

Berlin, 31. Mai. (Telunion.)

Heute morgen haben in der Berliner Metallindustrie die Abstimmungen innerhalb der Betriebe über den für die Industrie gefällten Schiedspruch begonnen. Die Entscheidung ist nicht vor Dienstag abend zu erwarten, da bis in die Nachmittagsstunden des morgigen Tages hinein die Auszählung der Stimmen stattfindet. Der Verband Berliner Metallindustrieller tritt am Dienstag nachmittag zu einer Sitzung zusammen, in der gleichfalls zum Schiedspruch Stellung genommen werden soll.

Faschistenüberfälle auf Reichsbannerkundgebungen

Die Polizei schützt die Faschisten

München, 31. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Sonnabend trafen auf dem Ostbahnhof 200 Tiroler Gäste zum Reichsbannerabend ein, die von dem Verbot nicht mehr rechtzeitig benachrichtigt werden konnten. Ein Trupp Nationalsozialisten fiel mit Schlagringen, Stöcken und Messern über die Angekommenen her. Die Polizei griff überhaupt nicht ein. Die Arbeiter des Tiroler Schuhbundes drängten die Faschisten zurück.

Mugoburg, 31. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Sonnabend demonstrierte das Mugoburger Reichsbanner in einer Stärke von etwa 500 Mann. Am Bahnhof provozierte eine Abteilung Nationalsozialisten die Reichsbannerarbeiter und beschimpfte sie als „Lumpen und Judenbeschöner“. Auf dem Bahnhofspfad stellten sich wieder etwa 100 Mann Hakenkreuzler dem Reichsbannerzug entgegen. Die Faschisten schlugen mit Gummiknüppeln und Stahlruten ein, so daß es zu schweren Zusammenstößen kam, wobei 40 Personen verletzt wurden. Die Polizei griff erst verspätet ein, schlug zuerst auf die Reichsbannerleute ein und wandte sich erst dann gegen die Hakenkreuzler.

Die immer stärkeren Überfälle der Faschisten auf die Arbeiter, ihre Angriffe gegen das Reichsbanner zeigen den Arbeitern deutlich genug, welche Absicht hier verfolgt wird. Nach dem verunglückten Aufmarsch in Berlin soll jetzt durch blutige Überfälle die Arbeiterschaft eingeschüchtert werden.

Zeigt am Sonntag durch Massenbeteiligung am Kampf Treffen in Berlin, daß ihre die Faschisten schlagen werden!

Die Münchner Faschistenregierung verbietet Reichsbanner- und Rotfront-Kleidung

München, 31. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Münchner Polizei hat das Tragen einheitlicher Kleidung für Angehörige von Parteien und Organisationen auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten. Dieses Verbot richtet sich gegen das Reichsbanner und den RFB. Im Parteitag am 30. Mai kam es bei der Debatte über die Zusammenstöße mit den Nationalsozialisten und dem Verbot des Reichsbannerverbandes zu scharfen Szenen von Seiten der Nationalsozialisten. Mehrere Abgeordnete gingen mit drohend erhobenen Fäusten gegen die SPD-Abgeordneten los. Unter heftigen Tumulten wurde die Debatte, nachdem der Innenminister Stübel und andere Abgeordnete geprügelt hatten, am Dienstag vertagt.

Die bayerische Regierung führt den Kampf der Faschisten gegen die revolutionären Arbeiter. Der Angriff ist die Vorbereitung zum Verbot der Arbeiterorganisationen.

Seraus zur Abwehr! — Auf nach Berlin!